

# Abkassier-Exzesse in Brüssel

Der Staatsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim (Speyer) berichtet in seinem Buch „Das Europa-Komplott“ von abenteuerlichem Geldsegen für Eu-Parlamentarier.

Leise und ohne große Debatten füllen sich die durch zwingende EU-Richtlinien sonst kaum noch entscheidungsbefugten Abgeordneten das eigene Säckel. So kann zum Beispiel jedes Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) mit bis zu 20.000 Euro im Monat an Kostenerstattung rechnen. Dazu kommen pro Person und Monat 3.500 Euro Taggelder. Weiters bekommt jedes MdEP 3.785 Euro Monatspauschale für seine Kosten in der Heimat – ob diese entstehen oder nicht, Belege, die Verwendung des Geldes betreffend, sind nicht erforderlich. An Reisekostenpauschale könne ein EU-Abgeordneter knapp 30.000 Euro pro Jahr einstecken. Ferner gibt's unter der Bezeichnung „Zulage für parlamentarische Assistenz“ bis zu 14.865 Euro pro Abgeordneten für die Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand 2005). „Über Fähigkeit und Verwendung der Mitarbeiter verlangt niemand Rechenschaft. Es gelten keinerlei Mindestqualifikationen.“ Diese Zulage werde, so von Arnim, regelmäßig zur Vetternwirtschaft genutzt. Ganze Familien würden so aus völligem Eigennutz der Abgeordneten in Lohn und

Brot gebracht. Hinzu kommen großzügige Gesundheitsleistungen, die sich die EU-Abgeordneten ohne jegliche Beitragszahlung selbst für den Krankheitsfall bewilligt haben. Es „werden den Abgeordneten wie Privatpatienten alle Arzt- und Krankenhauskosten erstattet sowie alle ärztlich verordneten Arzneimittel. Auch teure Zahnbehandlungen und Zahnersatz, die Kosten von Brillen und Kontaktlinsen alle zwei Jahre sind innerhalb großzügiger Margen erstattungsfähig. Hinzu kommt die Kostenerstattung von Akupunkturbehandlungen, die Gewährung von Tagegeldern nicht nur bei Genesungskuren, sondern auch bei Badekuren und vieles mehr.“ Für diese Gesundheitsfürsorge könne sich jeder Abgeordnete für sich und jedes Familienmitglied jeweils bis zu 30.000 Euro jährlich aus der EU-Kasse erstatten lassen. Eine vierköpfige Familie habe demnach 120.000 Euro jährlich – ohne Beitragszahlung. Und zur Krönung gibt es noch eine völlig überzogene Doppelversorgung bei den Pensionen und riesige Zusatzeinkommen durch kassierte Gelder für Lobbyarbeit.

Alles abgesegnet in nicht-öffentlichen Verhandlungen des Parlaments.

## ZITAT

Landeshauptmann Jörg Haider zur Aufhebung der Ortstafelverordnung durch den Verfassungsgerichtshof: „Wenn in diesem Fall die höchstgerichtlichen Erkenntnisse nicht eingehalten werden müssen, dann werden diese Erkenntnisse auch nicht so wichtig sein, wenn sie der Kärntner Seele nicht zumutbar sind.“

## KARRIEREN

Gertraud Knoll – einst Superintendentin der Evangelischen Kirche, Präsidentschaftskandidatin sowie Leiterin der SPÖ-Zukunftswerkstätte – tritt nun die Nachfolge von Ex-Innenminister Caspar Einem als SPÖ-Nationalratsabgeordnete an. Dieser wiederum wechselt in die Privatwirtschaft, und zwar zum Flugunternehmen „JetAlliance“.

## Nobelpreisträger unter "Rassismus"-Verdacht

Nobelpreisträger James Watson empört die britische Gleichheitskommission. Der 79-jährige Mitentdecker der DNA-Doppelhelix behauptet, daß Afrikaner weniger intelligent als Weiße sind. Klarer Fall von Gedankenverbrechen! Die Moralwächter des verordneten Weltbildes schalteten prompt. Watson, der auch Kanzler des renommierten Cold Spring Harbor Laboratory ist, wurde dort kurzerhand vor die Tür gesetzt.

Sind die Schwarzen schwulenfeindlich?  
Die SP familienfreundlich?  
Sind Asylgesetze schmerzlos?  
Ist der Platter kalt und herzlos?

Mit solch Fragen, die nichts taugen,  
streuen Sand uns in die Augen,  
nageln vor die Köpfe Bretter  
ORF und rosa Blätter  
und verschweigen den Skandal,  
daß den Mächten längst egal,  
raffgeil und EU-gelenkt,  
was das Volk will, meint und denkt.

Wolf Martin

Aus KRONE Österreichs größter Tageszeitung

## BELOHNUNG FÜR UNFÄHIGKEIT

Der, von der schwarz-blauen Regierung eingesetzte Vorstand der Autobahngesellschaft Asfinag, bestehend aus Mathias Reichhold, Franz Lückler und Christian Trattner muß schon 2008 statt 2011 gehen. Jeder der drei vorzeitig Hinauskomplimentierten soll mit 720.000 Euro abgefunden werden. Infrastrukturminister Werner Faymann begründet den vorzeitigen Abgang so: „Diese drei können das nicht!“. Was die drei nicht können ist Folgendes: Bis 2020 sollen 20 Milliarden Euro in den Straßenbau investiert werden. Vorgabe sei, daß von dieser Summe 10 Prozent – also 2 Milliarden Euro – eingespart werden müssen. Das habe man den alten Vorständen nicht zugetraut und deshalb zwei neue Manager bestellt, und zwar den als SPÖ-nahe geltenden Alois Schedl als Technikvorstand und den ÖVP-nahen Klaus Schierhackl als Finanzvorstand. Mitverantwortlich für die Höhe der Abfindungen ist, laut Faymann, Ex-Verkehrsminister Gorbach. Dieser habe „ohne Not, als er Reichhold bestellte, die Verträge der anderen Vorstände bis 2011 verlängert.“

## Freigeldexperiment

Die Gemeindeverwaltung von Wörgl unter Bürgermeister Michael Unterguggenberger gab 1932-1933 neben der österreichischen Staatswährung eine eigene, interne Zweitwährung heraus - nach dem „Freigeld-System“. Regierung und Notenbank ließen die Gemeinde gewähren, in der Annahme, daß dieses utopische Experiment von selbst totlaufen würde. Als sich nach einem Jahr nicht zu übersehende Erfolge einstellten, wollten hundertfünfzig österreichische und auch einige ausländische Gemeinden, dem Vorbild von Wörgl folgen. Nun mußte jedoch die österreichische Regierung unter dem Druck der internationalen Hochfinanz, gestützt auf die Verletzung des NOTENBANKPRIVILEGS, das Experiment und seine Nachahmung verbieten.

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Bauer, 9020 Klagenfurt Für Spenden aus EU-Ländern: BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.